

Nichtregierungsorganisationen gewinnen vor Gericht gegen den französischen Staat

geschrieben von Andreas | 3. Februar 2021



Oxfam-Klimaexperte: Wichtiges Signal auch für andere Regierungen, den Klimaschutz nicht länger schleifen zu lassen

RESET-Gründerin Uta Mühleis erhält B.A.U.M. Umwelt- und Nachhaltigkeitspreis 2020

geschrieben von RESET.org | 3. Februar 2021



Berlin, 30.09.2020. Der B.A.U.M. Umwelt- und Nachhaltigkeitspreis 2020 wurde am 25. September in Hamburg verliehen. RESET-Gründer Uta Mühleis empfing den Preis für ihr Engagement für den Klimaschutz in der Kategorie Digitalisierung.

Ein ganzheitlicher Ansatz, langjähriges herausragendes Engagement und beispielhafte Initiativen für den Umweltschutz und eine nachhaltige Entwicklung – das sind die Kriterien des [B.A.U.M. Umwelt- und Nachhaltigkeitspreises](#), der bereits seit 1993 vergeben wird und einer der anerkanntesten Nachhaltigkeitspreise in Deutschland ist. Dabei zeichnet der Preis keine Organisationen, sondern engagierte Einzelpersonen aus. „Uns ist wichtig, vor allem die Arbeit derer, die Nachhaltigkeit in Wirtschaft und Gesellschaft vorantreiben, auszuzeichnen“, erläutert B.A.U.M.- Vorstand Martin Oldeland.

Zu den diesjährigen Gewinner*innen des Nachhaltigkeits-Preises gehören Valentina Daiber von der Telefónica Deutschland Holding AG und die Unternehmer*innen Christian Faggini (Alpensped GmbH Internationale Logistik), Lothar Hartmann (memo AG), Alexander Hofmann (Wiegel-Gruppe), Patricia Siebel (edding AG). In der Kategorie „Wissenschaft“ ging der Preis an Prof. Dr. Maja Göpel vom Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) und Prof. Dr. Franz-Theo Gottwald von Schweisfurth Stiftung.

Uta Mühleis erhielt den Preis in der Kategorie „Digitalisierung“. Damit wurde sie insbesondere für ihr Engagement mit [RESET.org](#) ausgezeichnet. Die Nachhaltigkeitsplattform legt den Fokus auf die Chancen der

Digitalisierung für eine nachhaltige Entwicklung, ohne die Risiken außer Acht zu lassen. „Ich bin stolz, Preisträgerin des B.A.U.M. Umwelt- und Nachhaltigkeitspreises in der Kategorie „Digitalisierung“ zu sein. Schon lange stehen Nachhaltigkeit und Digitalisierung im Zentrum meiner Arbeit und ich freue mich sehr zu sehen, dass der B.A.U.M. e.V. mit dieser Kategorie die Bedeutung des Themenpaares anerkennt“, so Uta Mühleis.

Die diesjährige Preisverleihung wurde Corona-bedingt per Livestream aus der Hamburger Hafencity übertragen. In ihrer Videobotschaft zur Preisverleihung hob Bundesumweltministerin Svenja Schulze die Bedeutung von Vorbildern hervor und würdigte das Engagement der Preisträgerinnen und Preisträger: „Um das Ziel der Klimaneutralität zu verwirklichen, braucht es engagierte Unternehmen und Privatpersonen, die sich dem Klima- und Ressourcenschutz verschreiben, die demonstrieren, dass dieses in der Praxis funktioniert, dass Wirtschaft und Gesellschaft davon profitieren.“

Auch Uta Mühleis betont die Bedeutung positiver Beispiele für eine nachhaltige Digitalisierung: „Um die digitalen Potenziale für eine zukunftsfähige Welt einzusetzen und die digitale Transformation grün und fair zu gestalten, geht es daher darum, umfassend und konstruktiv zu informieren und Lösungsansätze zu verbreiten sowie neue grüne Gründungen, die frischen Wind in unser Wirtschaftssystem bringen, aktiv zu fördern. Der Preis motiviert mich sehr, mit RESET genau hier weiterzumachen.“

Porträt der B.A.U.M.-Preisträgerin Uta Mühleis:
<https://www.baumev.de/News/9718/UtaMhleisRESET%E2%80%93DigitalforGood.html>

Download Preisträgervideo: <https://we.tl/t-aZYY9VJlid>

Über B.A.U.M. e. V.: Unter dem Kürzel B.A.U.M. verbindet der

Bundesdeutsche Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management e.V. seit 1984 erfolgreich und zukunftsorientiert ökonomische, ökologische und soziale Fragen, also die Prinzipien der Nachhaltigkeit, miteinander. Heute ist B.A.U.M. mit weit über 500 Mitgliedern ein starkes Unternehmensnetzwerk für nachhaltiges Wirtschaften. Neben vielen bekannten Unternehmen sind auch Verbände und Institutionen Fördermitglied.
<https://www.baumev.de/>

Über RESET: Seit mehr als zehn Jahren hat die Nachhaltigkeitsplattform [RESET – Digital for Good](https://reset.org/) zwei der größten Themen unserer Zeit im Blick: Nachhaltigkeit und Digitalisierung. RESET setzt sich sowohl mit der Frage auseinander, wie die Digitalisierung für eine nachhaltige Entwicklung eingesetzt als auch wie die Digitalisierung selbst nachhaltig gestaltet werden kann. Auf der Plattform RESET.org zeigt das Redaktionsteam Anwendungsbeispiele, Entwicklungen, Trends und Hintergründe. Als gemeinnützige Stiftungsgesellschaft unterstützt das Berater*innen-Team von RESET zudem Ecopreneure aktiv mit seiner Expertise.
<https://reset.org/>

Neue RESET-Publikation: Künstliche Intelligenz im Umwelt- und Klimaschutz – Chancen, Herausforderungen

und Handlungsempfehlungen

geschrieben von RESET.org | 3. Februar 2021



Berlin, 23.09.2020. Die Entwicklungen im Bereich der Künstlichen Intelligenz sind in voller Fahrt. Aber bieten die intelligenten Computerprogramme auch Lösungen für drängende Herausforderungen im Umwelt- und Klimaschutz? Antworten darauf gibt die neuste Publikation von RESET.org „Greenbook(1): Künstliche Intelligenz – Können wir mit Rechenleistung unseren Planeten retten?“.

KI-basierte Technologien haben schon längst ihren Platz in unserem Alltag, in Unternehmen und in der Industrie. Auch im Umwelt- und Klimaschutz ist das Spektrum möglicher Einsatzgebiete groß, wie die gerade veröffentlichte Publikation zeigt. „Gleichzeitig haben wir festgestellt, dass Startups, Unternehmen und Forschungsinstitute, die KI-Anwendungen für den Umwelt- und Klimaschutz entwickeln, (noch) eine Ausnahme sind,“ berichtet Sarah-Indra Jungblut, Redaktionsleitung von RESET.org. Dazu kommt, dass in der gesellschaftlichen Debatte um KI sozial-ethische Aspekte im Vordergrund stehen, ökologisch-nachhaltige Effekte hingegen noch immer viel zu wenig thematisiert werden. „Dass KI-basierte Anwendungen einen positiven Beitrag beim Umwelt- und Klimaschutz leisten, ist kein Selbstläufer und es gilt, hierfür die geeigneten Rahmenbedingungen zu schaffen. Mit unserer Publikation möchten wir einen Beitrag leisten, um diese Lücke zu schließen und Aspekte des Umwelt- und Klimaschutzes stärker in die politisch-öffentliche Debatte um KI einbringen,“ so Jungblut.

Eine Implementierung und Umsetzung verschiedener Maßnahmen, um den ökologischen Fußabdruck beim maschinellen Lernen und anderen Teilgebieten von KI klein zu halten, sind daher unerlässlich:

- Der Einsatz möglichst **effizienter Algorithmen und Hardware,,**
- die Wahl von Cloud-Anbietern und Rechenzentren, die **grüne Energie** nutzen und
- die Prüfung der **Verhältnismäßigkeit**, also eine genaue Betrachtung, ob der Energieaufwand in der Entwicklung im Verhältnis zu den Einsparungen von Energie und/ oder Ressourcen in der Nutzung steht.
- Aus Nachhaltigkeitsperspektive ist zudem ein **souveräner Umgang** mit KI-basierten Systemen wichtig, der **gesellschaftlichen Dialog und Mitbestimmung** fördert sowie
- ein **am Gemeinwohl orientierter Einsatz** von KI-Systemen,
- der auf **Transparenz und Datenschutz** ausgerichtet ist .

„Doch die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen sollten nicht nur der Eigenverantwortung von Entwickler*innen oder Unternehmen überlassen werden. Um die Entwicklung von KI voranzutreiben, die Aspekte des Umwelt- und Klimaschutzes berücksichtigt, sind entsprechende Rahmenbedingungen in der Politik und eine Förderlandschaft, die die Entwicklung nachhaltiger KI vorantreibt, unerlässlich“, betont Lydia Skrabania, Mitautorin der Publikation. „Und natürlich werden KI-Anwendungen umso nachhaltiger, je nachhaltiger die gesamte digitale Infrastruktur aufgestellt ist.“ Die Autor*innen fordern daher ein mutiges und konsequentes Handeln von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, um die Chancen der Digitalisierung und damit auch von KI-basierten Anwendungen für eine nachhaltige Entwicklung bestmöglich zu nutzen und gleichzeitig die negativen Auswirkungen zu begrenzen. „Auch wenn Aspekte der Nachhaltigkeit bei der Digitalisierung im Allgemeinen, aber auch in Bezug auf KI-basierte Technologien im Speziellen, in

den letzten Monaten auf politischer Ebene, allen voran in der Digitalagenda des BMU und auf EU-Ebene in einem White Paper zunehmend Erwähnung finden, bleibt noch viel zu tun, um den Einsatz von KI ökologisch und sozial aufzustellen,“ so die RESET-Gründerin Uta Mühleis.

[RESET Greenbook \(1\): Künstliche Intelligenz – Können wir mit Rechenleistung unseren Planeten retten?](#)

Das Greenbook(1) ist ein Reader für alle, die mehr darüber erfahren wollen, wie KI-Anwendungen schon jetzt im Umwelt- und Klimaschutz eingesetzt werden, worin besondere Chancen, aber auch Risiken in Bezug auf ökologische und soziale Aspekte bestehen, und wie zukünftige KI-Entwicklungen mit einem echten Mehrwert für Umwelt und Klima gestaltet werden können.

Das Greenbook(1) ist die erste Publikation der von der [Deutschen Bundesstiftung Umwelt \(DBU\)](#) geförderten Reihe „Chancen und Potenziale der Digitalisierung für eine nachhaltige Entwicklung“ und steht zum kostenfreien Download zur Verfügung.

In einem Policy Brief werden die wichtigsten Rahmenbedingungen und Handlungsempfehlungen zusammengefasst: Zum [Policy Brief](#)

Klimaschutz trifft auf Fairen Handel: Schulen und Läden für gemeinsame Aktion gesucht

geschrieben von Andreas | 3. Februar 2021

Die Münchner Umweltorganisation Green City e.V. bringt den Klimaschutz auf Deutschlands größte Aktionswoche zum Thema

Fairer Handel. Der Carrotmob, bei dem SchülerInnen ein Event in einem Café, in Supermärkten oder anderen Geschäften organisieren und bewirken, dass der Umsatz in konkrete Klimaschutzmaßnahmen vor Ort fließt, soll nun im ganz großen Rahmen stattfinden. Unter dem Motto „Carrotmob @ Faire Woche 2018“ sind in München und ganz Deutschland Schulklassen und Läden gesucht, die sich beteiligen möchten.

Zum ersten Mal nimmt die Münchner Umweltorganisation Green City e.V. mit einem ihrer Projekte an der Fairen Woche teil – Deutschlands größter Aktionswoche zum Thema Fairer Handel. Unter dem Motto „Carrotmob @ Faire Woche 2018“ sind Schulklassen aus München und ganz Deutschland gesucht, die sich beteiligen wollen – und gleichzeitig ein Zeichen für den Klimaschutz setzen. „Grundsätzlich richtet sich das Projekt Carrotmob macht Schule an Schülerinnen und Schüler sowie ihre Lehrkräfte. Die bilden wir in bundesweiten Workshops aus, anschließend tragen sie die Aktionsform in ihre Schule“, erklärt Andreas Obermeier, der das Projekt für Green City e.V. durchführt. Gemeinsam mit ihrer Klasse planen die Lehrkräfte dann einen Carrotmob. Das bedeutet: Die SchülerInnen gestalten ein Rahmenprogramm für ein Café, einen Supermarkt oder für ein anderes Geschäft in der Nähe. Ziel ist es, das Event möglichst gut in der Öffentlichkeit zu streuen – und so einen möglichst hohen Umsatz zu generieren. Der fließt dann in konkrete Klimaschutzmaßnahmen vor Ort. „Wir unterstützen die Projekte an den Schulen gemeinsam mit unserem Projektpartner BildungsCent e.V. individuell mit unserem Know-How – damit dieses Jahr bundesweit noch viele von Schülerinnen und Schülern organisierte Carrotmobs stattfinden.“

Im Aktionszeitraum der Fairen Woche, vom 14. bis 28. September, geht es darum, Klimaschutzaktionen mit attraktivem Rahmenprogramm in Weltläden zu organisieren. Damit möglichst viele Carrotmobs stattfinden können, sind engagierte Klimaschützer gesucht: Sowohl Schulklassen als auch Weltläden.

Wer Interesse hat, kann sich bis 31. März 2018 unter

www.carrotmob-macht-schule.de/teilnahme anmelden, für Fragen steht Andreas Obermeier gerne zur Verfügung: Telefonisch unter (089) 890 668 -329 oder mit einer E-Mail an andreas.obermeier@greencity.de. Weitere Infos zum Projekt gibt es online unter www.greencity.de/carrotmob-macht-schule/.

Franziska Bär

Ihre Ansprechpartnerin bei Green City e.V.:

Franziska Bär, Kommunikation

Mail: presse@greencity.de, Tel: (089) 890 668 -321

Green City e.V., Lindwurmstraße 88, 80337 München

Hochaufgelöste Pressefotos können Sie aus unserem Presseportal herunterladen:

https://drive.google.com/drive/folders/0B6UPn_AQ5aByRklaQzFkMTVGaVk

Über Carrotmob @ Faire Woche 2018

Carrotmob @ Faire Woche 2018 ist eine Kooperation von Carrotmob macht Schule mit dem Weltladen-Dachverband e.V. Carrotmob macht Schule wird von Green City e.V. in Kooperation mit BildungsCent e.V. umgesetzt und vom Bundesumweltministerium im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative gefördert.

Über Green City e.V.

Green City e.V. ist seit 1990 als Umweltorganisation für ein grüneres München aktiv. 25 MitarbeiterInnen setzen sich zusammen mit über 1.500 Ehrenamtlichen und Mitgliedern für stadtverträgliche Mobilität, verantwortungsvollen Umgang mit Energie, nachhaltige Stadtgestaltung, und Umweltbildung für alle Altersgruppen ein. 150 Projekte und Veranstaltungen pro Jahr bieten Umweltschutz zum Anfassen und Mitmachen. Weitere Informationen unter www.greencity.de.

Europaparlament macht Tempo bei Klimaschutz und Energiewende – Druck auf Koalitionsverhandler in Berlin

geschrieben von Andreas | 3. Februar 2021

Pressemitteilung Germanwatch

Union und SPD müssen nachlegen, damit Deutschland nicht zum Klimabremser in der EU wird.

Berlin/Bonn (17. Jan. 2018). Die Entwicklungs- und Umweltorganisation Germanwatch begrüßt die heutigen Beschlüsse des Europaparlaments für mehr Ehrgeiz der EU bei ihren Energiewendezielen bis 2030 und ihrem langfristigen Emissionsziel. „Das Europaparlament macht Tempo beim Klimaschutz und legt die Grundlage für die notwendige Verschärfung des unzureichenden EU-Emissionsziels für 2030, die nun folgen muss“, sagt Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch.

„Wenn CDU, CSU und SPD Koalitionsverhandlungen aufnehmen, müssen sie ihre Ankündigung, das deutsche 2020-Klimaziel soweit wie möglich und das 2030-Klimaziel sicher erreichen zu wollen, mit den notwendigen Instrumenten untermauern. Ohne ein Ja zu CO₂-Mindespreis, Kohleausstieg bis spätestens 2035 und konkreten Instrumenten für das Senken der Verkehrs- und Gebäudeemissionen geht das nicht. Der nächste Koalitionsvertrag wird zeigen, ob Deutschland Vorreiter oder Klimabremser in der EU sein will“, so Bals. Das

Europaparlament habe mit seiner Entscheidung eine wichtige Voraussetzung dafür geschaffen, dass die EU in den UN-Klimaverhandlungen mit den anderen Staaten ehrgeizigere 2030-Ziele vereinbaren kann.

Das Votum des Europäischen Parlaments ist aus Germanwatch-Sicht aber nur ein erster Schritt, mit dem die EU auf einen Pfad zur Erreichung der im Pariser Klimaabkommen vereinbarten Ziele einschwenken kann. Christoph Bals: „Die nächste Regierungskoalition sollte sich dringend den Einsatz für die Verbesserung der EU-Emissionsziele für 2030 und 2050 als Hausaufgabe in den Koalitionsvertrag schreiben und damit dem Europaparlament den Rücken stärken.“

Das Europaparlament hat heute seine Position für die Verhandlungen mit den Regierungen der Mitgliedsstaaten über die 2030-Ziele für Erneuerbare Energien (mindestens 35 Prozent des Gesamtmix') und Energieeffizienz (Senkung des Endenergieverbrauchs um mindestens 35 Prozent gegenüber einem Referenzszenario) festgelegt. Bis spätestens 2050 streben die Abgeordneten nun die vollständige Treibhausgasneutralität der EU an, um sich dem Ziel der völkerrechtlich verbindlich gemachten entsprechenden Zusage im Paris-Abkommen anzunähern.

Kontakt für Medien:

Stefan Küper
Pressesprecher Germanwatch

Germanwatch e.V.
Dr.Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 604 92-23, Fax -19
mobil: 0151 / 252 110 72
E-Mail: kueper@germanwatch.org
www.germanwatch.org

Neuer Élysée-Vertrag: Neustart für französisch- deutschen Motor auch im Klimaschutz – Germanwatch fordert Aufbau einer französisch-deutschen „Entente Climatique“

geschrieben von Andreas | 3. Februar 2021
Pressemitteilung Germanwatch

Berlin/Bonn (22. Jan. 2018). Die Entwicklungs- und Umweltorganisation Germanwatch begrüßt die heutige Resolution von Bundestag und französischer Nationalversammlung für einen neuen Élysée-Vertrag als wegweisenden Aufruf an beide Regierungen, auch die klimapolitische Zusammenarbeit bilateral und auf EU-Ebene voranzubringen. „Diese Resolution enthält wichtige Forderungen an die Regierungen, damit beide Länder das Erreichen ihrer und der europäischen Klimaziele anschieben können“, kommentiert Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch.

„Aus dieser Vorlage der Parlamentarier sollten Paris und Berlin im neuen Élysée-Vertrag eine Klima- und Energiewendepartnerschaft, eine Entente Climatique, entwickeln. Zentral dafür sind ein gemeinsamer CO₂-Mindestpreis und eine abgestimmte Modernisierung der Energie- und Umweltafgaben. Ein neuer Vertrag, der diese Zukunftsaufgaben in den Mittelpunkt stellt, würde auch die

Handlungsfähigkeit der EU oder zumindest der Vorreiterstaaten in der EU stärken. Bisher tun weder Deutschland noch die EU genug, um die Ziele des Pariser Klimavertrags zu erreichen“, so Bals. Beide Parlamente fordern ihre Regierungen im Klimapolitik-Kapitel auf, „gemeinsame Initiativen insbesondere zum CO2-Preis vorzuschlagen“.

Wichtig sind für einen neuen Élysée-Vertrag aus Germanwatch-Sicht neben einer CO2-Preis-Initiative u.a. folgende Punkte:

- Grenzüberschreitende Infrastrukturinvestitionen sollten sich auf Bahntrassen, Infrastruktur für Elektromobilität und Fahrradwege konzentrieren. Beide Länder sollten unbedingt eine intensive Zusammenarbeit beim Wiederaufbau eines europäischen Nachtzugnetzes vereinbaren. Gleiches gilt für die Zusammenarbeit beim öffentlichen Personennahverkehr, auch zwischen Kommunen in beiden Ländern.
- Für Unternehmen sollten bilateral und auf EU-Ebene gemeinsame verbindliche Standards bei den Berichts- und Sorgfaltspflichten zu Menschenrechten und den Pariser Klimazielen entwickelt werden. Frankreich ist hier deutlich weiter als Deutschland.
- Eine gemeinsame Initiative gegen den Niedergang der ländlichen Räume sollte auch eine klima- und umweltfreundliche Landwirtschaft mit besseren Einkommen für die Bauern voranbringen.
- Frankreich und Deutschland sollten ihre gemeinsame und die EU-Klimaaußenpolitik zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens stärken. Ein wichtiger Bestandteil davon sollte eine Initiative für eine an den Paris-Zielen orientierte Energie- und Klimazusammenarbeit mit den Ländern der Mittelmeerregion und Osteuropas sowie Zentralasiens sein – möglichst auch auf EU-Ebene. Mit China sollte auf eine Dekarbonisierung der Seidenstraßen-Investitionen hingearbeitet werden.

„Diese Punkte müssten sich aber auch im neuen deutschen

Koalitionsvertrag widerspiegeln“, betont Christoph Bals. „Sonst degradiert die nächste Koalition die Élysée-Resolution der Parlamente zu einer Art Sonntagsrede.“

Kontakt für Medien:

Stefan Küper
Pressesprecher Germanwatch

Germanwatch e.V.
Dr.Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 604 92-23, Fax -19
mobil: 0151 / 252 110 72
E-Mail: kueper@germanwatch.org
www.germanwatch.org

Oxfam: Merkel und Schulz dürfen sich von Klimaschutzmuffeln nicht auf Irrwege leiten lassen.

geschrieben von Andreas | 3. Februar 2021
[PRESSE-INFO]

Berlin, 11. Januar 2017. Kurz vor Beginn der Abschlussrunde der Sondierungsgespräche warnt Oxfam CDU/CSU und SPD davor, das Ziel, die deutschen Treibhausgase bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren, faktisch aufzugeben. Das Ergebnispapier der Sondierungsgruppe zu

**Energie/Klimaschutz/Umwelt legt einen solchen Schritt nahe.
Jan Kowalzig, Klima-Experte bei Oxfam, kommentiert:**

„Angela Merkel und Martin Schulz dürfen sich von den Klimaschutzmuffeln in ihren Parteien nicht auf Irrwege leiten lassen. Beide haben im Wahlkampf versprochen, das Klimaschutzziel zu erreichen. Das Klimaziel aufzugeben zeugt von Mutlosigkeit und Liebedienerei gegenüber den Industriebossen, um das klimapolitische Versagen in der Vergangenheit zu kaschieren. Damit würde die nächste Bundesregierung nicht nur die klimafreundliche Modernisierung der deutschen Wirtschaft ausbremsen, sondern auch das Pariser Klimaschutzabkommen verraten und die internationale Glaubwürdigkeit Deutschlands verspielen.“

„Der Klimawandel verschärft weltweit die Armut, Unwetterkatastrophen richten schwere Zerstörungen an, Ernten vertrocknen oder werden von den Feldern gespült. Wer jetzt das Klimaziel gibt, tut dies auf Kosten der Millionen Menschen in armen Ländern, denen wegen des Klimawandels schon heute das Wasser buchstäblich bis zum Hals steht.“ „Das Klimaschutzziel ist nach wie vor zu erreichen – dazu braucht es aber eine engagierte Modernisierungspolitik in allen Sektoren, insbesondere in der Stromgewinnung, beim Verkehr und im Gebäudebereich.“

„An erster Stelle steht die zügige Abschaltung der schmutzigsten Kohlekraftwerke und ein schrittweises Ende der Kohleverstromung, die nicht nur den Klimawandel verschärft, sondern die wegen der Luftverschmutzung Jahr für Jahr für tausende vorzeitige Todesfälle verantwortlich ist.“ „Mit einem Klimaschutz-Sofortprogramm könnten Angela Merkel und Martin Schulz nicht nur zu ihren Versprechen stehen, sondern auch klimafreundliches Wachstum in der Wirtschaft erzeugen, nachhaltige Arbeitsplätze schaffen und die Energiewende klimaschutzwirksam und sozialverträglich zu einem Erfolg machen.“

Pressekontakt:

Nikolai Link, Tel.: 030-45 30 69 712, 0177-7375288, E-Mail: nlink@oxfam.de

Jan Kowalzig, Tel.: 0178-4538050, E-Mail: jkowalzig@oxfam.de

Oxfam ist eine internationale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation, die weltweit Menschen mobilisiert, um Armut aus eigener Kraft zu überwinden. Dafür arbeiten im Oxfam-Verbund 20 Oxfam-Organisationen Seite an Seite mit rund 3.250 lokalen Partnern in mehr als 90 Ländern.

Mehr unter www.oxfam.de

Oxfam Deutschland e.V.
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Deutschland

Verbrauchertipp Ökostrom: Etikettenschwindel oder Energiewende?

geschrieben von Gruener Strom Label e.V. | 3. Februar 2021

ÖKO TEST und Verbraucherzentralen warnen vor Etikettenschwindel / Gütesiegel Grüner Strom wird als Nachweis für glaubwürdige Ökostromtarife eingestuft

Bonn, 07. Dezember 2017. 95 Prozent der Deutschen unterstützen den Ausbau erneuerbarer Energien. Da scheint es nur verständlich, dass über 10 Millionen Haushalte Ökostrom beziehen – rund ein Fünftel aller Haushalte in Deutschland. Unabhängige Beobachter wie ÖKO TEST und Verbraucherzentralen

stellen dem Markt jedoch ein schlechtes Zeugnis aus: Die gesetzlichen Vorgaben allein garantieren keinen Mehrwert für Umwelt- und Klimaschutz; viele sogenannte Ökostromprodukte und auch Labels sind nur scheinbar grün. Das Grüner Strom-Label hilft aus Sicht der Tester dabei, auf dem komplexen Ökostrommarkt einen echten Ökostromtarif zu finden.

Aktuell gibt es über 1.000 Stromanbieter in Deutschland. Viele Anbieter locken Verbraucher*innen mit günstigen Stromtarifen, die zudem auch noch öko sein sollen. „Oft beschaffen Anbieter einfach nur Öko-Zertifikate für ihren billigen Kohle- und Atomstrom und verkaufen uns das dann als nachhaltiges Energieprodukt“, so Dietmar Oeliger, Vorsitzender des Grüner Strom Label e.V., der das Gütesiegel Grüner Strom im Auftrag von Umweltverbänden wie BUND, Deutscher Naturschutzring und NABU vergibt. „Verbraucherinnen und Verbraucher können auf Anhieb nicht erkennen, was ihnen da untergejubelt wird.“

Ökostromsiegel wie das Grüner Strom-Label schaffen Transparenz, indem sie „die Spreu vom Weizen trennen“, bestätigt ÖKO-TEST in der aktuellen Spezial-Ausgabe Energie. Die Tarifeigenschaften aller Grüner Strom-zertifizierten Produkte wurden wieder mit ‚sehr gut‘ bewertet. Tipp für Stromwechsler*innen, denen Regionalität am Herzen liegt: Da ÖKO TEST nur bundesweite Tarife listet, weisen die Autoren darauf hin, dass es auch gute zertifizierte Tarife gibt, die nur regional verfügbar sind.

„Ökostromtarife, die keinen Mehrwert für den Klimaschutz bringen, sind Mogelpackungen. Sie erfüllen die Erwartungen der Verbraucher nicht“, erklärt Oeliger weiter und weist darauf hin, dass es auch unter den verschiedenen Ökostromlabels eklatante Qualitätsunterschiede gibt. Immer wieder bestätigen unabhängige Marktbeobachter die Vertrauenswürdigkeit des Grüner Strom-Labels. So würdigten die Europäische Verbraucherorganisation BEUC, die Verbraucherzentrale Niedersachsen und nun erneut ÖKO-Test die hohen Qualitätsstandards des Labels mit Bestnoten.

Diese Auszeichnungen bekommt das Ökostromlabel der Umweltverbände auch, weil es als einziges Label Investitionen in den naturverträglichen Ausbau erneuerbarer Energien garantiert. So konnten bereits über 1.200 Projekte mit mehr als 50 Millionen Euro gefördert werden. Beispielsweise ließ die Studierendeninitiative Solar Powers e.V. eine Photovoltaik-Anlage mit 30 Kilowattpeak Leistung auf dem Dach der TU-Zentralbibliothek in Berlin installieren, unterstützt mit Grüner Strom-Fördergeldern. Ein rundum gelungenes Projekt, denn: die Studierenden betreiben die Anlage selbst, sammeln also praktische Erfahrungen und die vormals ungenutzte Dachfläche produziert nun Ökostrom für die TU.

Die Untersuchung der Verbraucherzentrale Niedersachsen finden Sie hier unter:

<https://www.marktwaechter-energie.de/untersuchungen/ueberblick-oekostrom-labels/>

Die Untersuchung des Dachverbands europäischer Verbraucherorganisationen BEUC finden Sie hier unter:

<http://www.beuc.eu/press-media/news-events/need-fix-%E2%80%98green-electricity%E2%80%99-markets-consumers>

Den ÖKO TEST Bericht finden Sie unter:

https://www.oekotest.de/bauen-wohnen/29-Oeko-Stromtarife-im-Test_110457_1.html

Über den Grüner Strom Label e.V.

Der Grüner Strom Label e.V. zertifiziert grüne Energieprodukte. Der Verein vergibt zu diesem Zweck zwei Gütesiegel: Das Label Grüner Strom für Ökostrom mit Mehrwert und das Label Grünes Gas für umweltverträgliches Biogas. Hinter dem Verein stehen sieben gemeinnützige Umwelt- und Verbraucherverbände sowie Friedensorganisationen. Die Labels Grüner Strom und Grünes Gas sind in Deutschland die einzigen Gütesiegel für Ökostrom und Biogas, die von führenden Umweltverbänden getragen werden.

Ansprechpartner

Christian Knops, 0228 / 522 611-94,

Große Teile der deutschen Wirtschaft wollen ambitionierten Klimaschutz im Koalitionsvertrag

geschrieben von Andreas | 3. Februar 2021

Gemeinsame Pressemitteilung B.A.U.M. e.V. / Germanwatch / Stiftung 2°

Mehr als 50 große und mittelständische Unternehmen fordern überzeugende Umsetzungsstrategie für Klimaschutzplan 2050 als Modernisierungsprogramm für Deutschland / Konkrete klimapolitische Forderungen an Jamaika-Verhandler

Berlin (7.11.2017). Eine breite Allianz von mehr als 50 großen und mittelständischen Unternehmen sowie Unternehmensverbänden fordert die Parteien in den Sondierungsgesprächen auf, den Klimaschutz zur zentralen Aufgabe der künftigen Bundesregierung zu machen. Während die Sondierungsgespräche in Berlin an den Themen Klima und Energiewende scheitern könnten, zeigen die Unternehmen, wie Klimaschutz und Energiewende zu einem Modernisierungsprojekt für Deutschland werden können.

Zusammen bringen die Unternehmen über 450.000 Beschäftigte alleine in Deutschland und einen globalen Umsatz von mehr als 350 Mrd. Euro (mehr als der Bundeshaushalt 2017) auf die Waage. Damit ist dies die größte und umfassendste Unternehmenserklärung für ambitionierten Klimaschutz, die in Deutschland je veröffentlicht wurde. Sie lehnt sich an

vermehrte ähnliche Äußerungen und Initiativen aus der Wirtschaft in jüngster Vergangenheit an.

In der heute veröffentlichten Erklärung drängen die Unternehmen auf konkrete Maßnahmenpakete für die Umsetzung des Klimaschutzplans samt seiner Sektorziele. Dazu gehörten ein Anheben der Ausschreibungsmengen für Ökostrom, Anreize für eine entschieden beschleunigte Gebäudesanierung und Vorfahrt für Stromnetze und Speicher. Die Unternehmen halten für die neue Legislaturperiode einen verlässlichen und sozialverträglichen Ausstiegspfad bei der Kohleverstromung für unverzichtbar und fordern einen investitionsrelevanten CO₂-Preis. Die neue Regierung solle zudem die Modernisierung von Steuern und Abgaben sowie die Beendigung fossiler Subventionen bis 2025 prüfen. Deutschland und die EU bräuchten jetzt einen konsequenten Einstieg in die Verkehrswende auf Schiene und Straße. Von der neuen Bundesregierung erwarten die Unternehmen entschiedene und effiziente Maßnahmen zum Erreichen des 40%-Klimaziels für 2020. Das Klimaziel für 2050 solle auf bis zu 95% Emissionssenkung angehoben werden.

„Eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz ist eine große Chance für die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft“, heißt es in der Erklärung. „Die kommende Regierungskoalition sollte darum die Geschwindigkeit der Transformation hin zur treibhausgasneutralen Wirtschaft erhöhen und hierzu die enge Zusammenarbeit mit europäischen und internationalen Partnern suchen.“ Mit klugen staatlichen Rahmensetzungen könne auch die im internationalen Wettbewerb stehende energieintensive Industrie ihre Transformation vorantreiben und dabei ihre Wettbewerbsfähigkeit erhalten.

Sabine Nallinger, Vorständin der Stiftung 2°, kommentiert: „Klar ist, dass der Kohleausstieg in den Koalitionsverhandlungen auf den Tisch muss und zwar ohne Scheuklappen. Die Unternehmen brauchen Planungs- und Investitionssicherheit, um ihren Beitrag zum Erreichen der Klimaziele leisten zu können. Jamaika sollte den Klimaschutz

zu dem Modernisierungsprojekt unserer Zeit machen, um die deutsche Wirtschaft wettbewerbs- und zukunftsfähig aufzustellen.“

Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch, sagt: „Die CO₂-Emissionen in Deutschland sind seit 2009 nicht mehr gesunken. Während des Klimagipfels in Bonn schaut die Welt mit Spannung auf Deutschland, ob in den Koalitionsverhandlungen endlich die notwendigen Umsetzungsschritte für die international angekündigten Klimaziele beschlossen werden. Dieser starke Appell eines relevanten Teils der deutschen Wirtschaft ist gerade jetzt ein wichtiger Antreiber.“

Prof. Dr. Maximilian Gege, Vorsitzender von B.A.U.M. e.V., kommentiert: „Diese Erklärung zeigt, dass Viele in der Wirtschaft bei Energie-, Verkehrs- und Wärmewende mehr Tempo wollen, als die Politik bis jetzt bereit ist zuzulassen. Immer mehr Unternehmen haben Sorgen davor, dass Deutschland beim Klimaschutz und damit bei neuen Technologien zurückfällt.“

Bekannte Unternehmen sind Mitzeichner

Zeichner der Erklärung sind in Deutschland aktive Großunternehmen, größere Mittelständler und Verbände aus einer erheblichen Bandbreite von Branchen. Darunter sechs DAX-30-Konzerne und bekannte Namen wie Aldi Süd, Deutsche Börse, Deutsche Telekom, Hochtief, Nestlé, SAP und viele mehr. Auch energieintensive Industrieunternehmen und Kohlekraftwerksbetreiber unterstützen den Appell, darunter Siemens, EnBW, E.ON sowie die Papier- und Kartonfabrik Varel. Viele der zeichnenden Unternehmen sind keine unmittelbaren Gewinner der Dekarbonisierung oder Energiewende. Die Zeichner versprechen allerdings, ihren Anteil am Klimaschutz zu leisten. Koordinatoren der Erklärung sind die Unternehmensverbände Stiftung 2° und B.A.U.M. sowie die Entwicklungs- und Umweltorganisation Germanwatch.

Die Erklärung in Deutsch (in wenigen Minuten online):

www.germanwatch.org/de/14633

Die Erklärung in Englisch: www.germanwatch.org/en/14634

51 Zeichner der Erklärung:

adidas Group | AIDA Cruises | Alfred Ritter GmbH & Co. KG | Alba Group | ALDI SÜD | Alnatura | Baufritz | Bausparkasse Schwäbisch Hall | CEWE | DAIKIN Airconditioning Germany | Deutsche Börse | Deutsche ROCKWOOL | Deutsche Telekom | Deutsche Wohnen | elobau | EnBW | ENTEGA | E.ON | EPSON DEUTSCHLAND | EWE | Gegenbauer Holding | GLS Bank | Hermes Germany | HOCHTIEF | Interseroh | ista International | IWAN BUDNIKOWSKY | Lebensbaum | LR Facility Services | Max Bögl | Metro | Naturstrom | Nestlé Deutschland | Otto Group | Papier- und Kartonfabrik Varel | PUMA | SAP | Schneider Schreibgeräte | Schüco International KG | Siemens | Sparda-Bank München | Stadtwerke München | Stadtwerke Tübingen | Tchibo | Triodos Bank | Trianel | Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e. V. (VDV) | Viebrockhaus | WALA | Wilkhahn | Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e.V. (ZVEI)

Ansprechpartner/innen für Medien:

– Stefan Küper, Pressesprecher Germanwatch, +49 (0)228 / 604 92-23, kueper@germanwatch.org

– Laura Törkel, Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Stiftung 2°, +49 (0)30 2045 3734, laura.toerkel@2grad.org

– Jan Koch, Projektmanagement B.A.U.M., +49 (0)40/ 49 07 11 – 06, Jan.koch@baumev.de

–
Stefan Küper
Pressesprecher

Germanwatch e.V.
Dr.Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 604 92-23, Fax -19

mobil: 0151 / 252 110 72

E-Mail: kueper@germanwatch.org

www.germanwatch.org

Auch Regierung Trump muss akzeptieren: Die Klimakrise gefährdet weltweit die Gesundheit

geschrieben von Andreas | 3. Februar 2021

Pressemitteilung Germanwatch

Germanwatch begrüßt Einigung der G7-Gesundheitsminister beim Ministertreffen in Mailand

Bonn (6. Nov. 2017). Die Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch begrüßt, dass die G7-Gesundheitsminister in der Abschlusserklärung ihres Treffens in Mailand die Bedeutung des Klimaschutzes anerkannt haben. „Das Kommuniqué aller sieben Gesundheitsminister sagt deutlich: Die globale Klimakrise verstärkt Gesundheitsrisiken – deswegen müssen die Staaten gemeinsam handeln“, sagt Lutz Weischer, Teamleiter für Internationale Klimapolitik bei Germanwatch. „Nach langem Widerstand musste auch die Regierung Trump am Ende diese wissenschaftliche Erkenntnis anerkennen und die entsprechende Formulierung im Kommuniqué mittragen. Das ist ein wichtiger Sieg der Vernunft über die Realitätsverweigerung von US-Präsident Trump.“

Letztlich musste auch die US-Regierung das anerkennen, was führende internationale Experten unter anderem der Weltgesundheitsorganisation beim Ministertreffen erläutert hatten: Klimawandel gefährdet die Gesundheit – zum Beispiel mit zunehmend intensiven Hitzewellen, Stürmen, Dürren und Hochwassern, aber auch dadurch, dass die Erwärmung die schnellere Ausbreitung von Krankheitserregern begünstigt. Die Minister verständigten sich darauf, hier unter anderem mit besseren Frühwarnsystemen gegenzusteuern.

Sechs G7-Staaten – außer den USA – bekräftigen in einem weiteren Teil des Kommuniqués, dass sie das Pariser Klimaabkommen zügig umsetzen wollen. Weischer: „Die Regierung Trump hat sich mit ihrer klimapolitischen Realitätsverweigerung in Mailand erneut selbst isoliert. Den Gesundheitsrisiken des Klimawandels muss entschieden begegnet werden. Daher führt an ambitioniertem Klimaschutz, so wie in Paris vereinbart, kein Weg vorbei. Es ist richtig, dies auch gegen Donald Trump durchzusetzen. Das ist auch ein wichtiges Signal an den Weltklimagipfel, der heute in Bonn begonnen hat.“

Kontakt für Medien:

Stefan Küper
Pressesprecher
h e.V.
Dr.Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 604 92-23, Fax -19
mobil: 0151 / 252 110 72
E-Mail: kueper@germanwatch.org
www.germanwatch.org